



WIRTSCHAFTSBEIRAT
BAYERN

Odeonsplatz 14, 80539 München,
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

Positionspapier

„Zukunft Deutschland“ Mehr Investitionen in Staat und Wirtschaft notwendig

**Dr. Otto Wiesheu
Präsident**

München, im Januar 2015

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsbilanz 2014	3
2015 – Bleibende und neue Herausforderungen	3
Zukunft gewinnen durch Investitionen	4
Privatinitiative als Motor	4
Investitionsklima verbessern	4
Investitionsfreudige Gesellschaft	6

Wirtschaftsbilanz 2014

Die Wirtschaftsbilanz Deutschlands 2014 ist besser ausgefallen als von den meisten Konjunkturauguren Ende des letzten Jahres noch prognostiziert. Um 1,5 Prozent ist die gesamtwirtschaftliche Leistung preisbereinigt gewachsen, nachdem sie in den beiden Vorjahren kaum noch zugelegt hatte. Offenkundig ist es der Wirtschaft gelungen, die leichte Schwächephase im Sommer zu überwinden. Nicht nur das Auslandsgeschäft hat zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Mehr noch hat die Binnennachfrage auf ganzer Breite für positive Impulse gesorgt. Eine der besonders positiven Begleiterscheinungen: Der Bundeshaushalt war bereits 2014 in den schwarzen Zahlen – ein Jahr früher als geplant und zum ersten Mal seit 1969 (!), als der Bundfinanzminister Franz Josef Strauß hieß. Bayern wird auch im zurückliegenden Jahr wie schon zuvor einer der Wachstumsmotoren gewesen sein. Dafür sprechen u.a. die hervorragenden Arbeitsmarktzahlen. Über 5 Mio. sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und gut 7 Mio. Erwerbstätige markieren neue Spitzenwerte. Ebenso Zahlungen von 4,85 Mrd. Euro in den Länderfinanzausgleich – die höchste Summe, die von einem Land jemals aufgebracht worden ist.

2015 – Bleibende und neue Herausforderungen

So erfreulich diese Momentaufnahme ist: Sie kann nicht automatisch fortgeschrieben werden. Wir haben keinerlei Veranlassung, uns auf den erreichten Erfolgen auszuruhen. Exportförderung durch einen von der EZB immer weiter verbilligten Euro ersetzt nirgendwo in Europa unbequeme strukturelle Reformpolitik. Wir wären auch schlecht beraten, uns nur auf das Konjunkturprogramm zu verlassen, das uns der Verfall der Ölpreise unerwartet beschert hat. Dazu ist zu vieles im Umbruch. Wie zu allen Zeiten werden neue Herausforderungen heraufziehen, die heute noch niemand auf dem Radarschirm hat. Aber auch bekannte Probleme werden uns in den kommenden Jahren begleiten.

- Ich verweise nur auf den demografischen Wandel, der unerbittlich seinen Lauf nimmt. Deutschland gehört zu den am schnellsten alternden Ländern der Welt. Es dauert nur noch rd. 15 Jahre, bis die 64er, der geburtenstärkste Jahrgang, das Rentenalter erreicht haben. Das bedeutet Millionen zusätzlicher Rentner, während mit dem Pillenknick das Potential an Erwerbsfähigen um Millionen abnimmt – mit weitreichenden Konsequenzen, angefangen bei der Finanzierung des Rentensystems bis hin zur Bedienung der Staatsschuld.
- Der Strukturwandel wird sich nicht im Geringsten verlangsamen, sondern eher weiter beschleunigen. Vor allem die Digitalisierung der Wirtschaft auf großer Breite sorgt dafür, dass Geschäftsmodelle und ganze Branchen von heute auf morgen vor große Herausforderungen gestellt werden oder internationalem Konkurrenzdruck nicht mehr standhalten. Die jüngere Wirtschaftsgeschichte kennt dafür bereits zahlreiche Beispiele.
- Der globale Wettbewerb geht unvermindert weiter. Die USA haben sich, beflügelt von niedrigen Energiepreisen, als Industriestandort machtvoll auf der Weltbühne zurück gemeldet – „Fracking sei Dank“. Fernost gibt sich schon längst nicht mehr mit

der Rolle des Billigproduzenten zufrieden, sondern strebt auch in der Hochtechnologie Führungspositionen an.

Zukunft gewinnen durch Investitionen

Auf solche Entwicklungen müssen auch in Zukunft offensive Antworten gegeben werden. Zukunft gewinnt, wer den Fortschritt aktiv gestaltet, wer die „schöpferische Zerstörung“, die Gutes durch Besseres ersetzt, nicht erleidet, sondern selbst kraftvoll vorantreibt. Der Schlüssel dafür liegt in den Investitionen. Wir brauchen davon mehr denn je: Investitionen, mit denen Produktinnovationen und neue Produktionsverfahren in den Betrieben umgesetzt und eingeführt werden, Investitionen in Unternehmensgründungen, in die Erschließung neuer Märkte, in das Wissen und Können der Arbeitnehmer, aber auch Investitionen in die produktive Infrastruktur. Investitionen sichern und stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Landes. Investitionen sind die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze, für quantitatives und qualitatives Wachstum. Sie sorgen für den Wohlstand von morgen. Da, wo nicht mehr kraftvoll investiert wird, droht schleichender Abstieg. Verantwortungsvolles Handeln in Wirtschaft und Politik lebt deshalb nicht von der Hand in den Mund. Es wahrt die Balance zwischen Gegenwartskonsum und Investitionen in die Zukunftssicherung.

Privatinitiative als Motor

Im Wettbewerb und Wandel erfolgreich zu bestehen, ist und bleibt in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft primär Aufgabe der Unternehmer. Auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit, Risiken einzugehen und zu investieren, kommt es entscheidend an. Ihr Mut ist gefragt, wenn es darum geht, „Durchbruchinnovationen“ zu wagen, auf „disruptive“ Veränderungen zu setzen und völlig neue, unbekannte Wege zu gehen, die sich am Ende am Markt durchsetzen. Bayern, Deutschland, Europa brauchen vermehrt solche Unternehmer, Investoren und Risikokapitalgeber, wenn sie mit der Dynamik von Hochtechnologieeregionen wie dem Silicon Valley mithalten wollen. Das Heil liegt nicht in „Reverstaatlichung“ oder „Rekommunalisierung“ von Wirtschaftsaktivitäten, wie sie gegenwärtig als falsche Antwort auf die Finanzkrise von manchen propagiert werden. Der Staat hat sich darauf zu konzentrieren, für einen investitions- und damit wirtschaftsfreundlichen Rahmen zu sorgen.

Investitionsklima verbessern

Trotz der leichten Zuwächse bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im letzten Jahr ist festzustellen: Es wird seit langem zu wenig investiert in Deutschland. Wir sind dabei, von der Substanz zu leben. Nachdem sich die Große Koalition bislang primär sozialpolitischen Maßnahmen wie der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns oder der Rente mit 63

gewidmet hat, muss sie deshalb jetzt nachhaltig in den „Investitions- und Wachstumsmodus“ umschalten. Ich beschränke mich auf einige wenige zentrale Punkte:

- Grundvoraussetzung für ein positives Investitionsklima sind Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Politik. Umso schwerer wiegt derzeit als größter Unsicherheitsfaktor die deutsche Energiepolitik. Fast vier Jahre nach Fukushima sind zentrale Fragen der Energiewende noch offen. Investitionsattentismus greift deshalb um sich. In den energieintensiven Industrien sind zuletzt nur noch 80 Prozent der Abschreibungen reinvestiert worden. Großinvestitionen wandern an Auslandsstandorte ab. Der Handlungsbedarf ist groß. Das gilt für die Bereitstellung der nötigen fossilen Reservekapazitäten in windschwachen und sonnenarmen Zeiten. Es geht daneben darum, ein Strommarktdesign zu etablieren, das den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich billiger macht. Und für den unabdingbaren Ausbau der Netze müssen noch in diesem Jahr die Weichen gestellt werden. Desinvestieren heißt deindustrialisieren. Dazu darf es nicht kommen.
- Für den Mittelstand, das viel beschworene Rückgrat unserer Wirtschaft, sind ausreichende unternehmerische Freiräume wichtig, wenn er die Lust am Investieren nicht verlieren soll. Er darf nicht durch ausufernde Bürokratie belastet und eingeeengt werden, die ihn davon abhält, sich um seine Kernaufgaben zu kümmern. Was sind die ganzen Bürokratieabbaurunden wert, die immer wieder neu gestartet werden, wenn den Unternehmen mit dem ohnehin problematischen gesetzlichen Mindestlohn jetzt auch noch exzessive Aufzeichnungspflichten bei den Arbeitszeiten auferlegt werden. Mittelstandsfreundlicher wäre es, den Fälligkeitstermin für die Abführung der Sozialversicherungsbeiträge wieder auf den Folgemonat zu verlegen.
- Die Finanzierungsspielräume, die sich in den kommenden Jahren eröffnen, müssen auch für gezielte steuerliche Investitions- und Innovationsanreize genutzt werden. Neben der Bekämpfung der Kalten Progression plädiere ich deshalb seit langem für die Wiedereinführung der degressiven Afa, für einen Steuerbonus auf F&E-Aufwendungen, für die bessere steuerliche Förderung von Wagniskapital. All diese Maßnahmen sorgen für mehr Dynamik, sie besitzen zudem einen hohen Selbstfinanzierungsgrad.
- Nicht zuletzt müssen die staatlichen Investitionen in die gesamtwirtschaftlich produktive Infrastruktur auf ein deutlich höheres Niveau gebracht und dort verstetigt werden – Investitionen in die schulische, berufliche und akademische Bildung und Weiterbildung ebenso wie Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologietransfer. Die weitere Steigerung der Produktivität ist eine der Hauptantworten auf die Herausforderungen, die vor uns liegen. Der neue Bundesverkehrswegeplan muss mehr sein als ein Wunschkatalog. Höhere Mittel für den Bestandserhalt, den Ausbau und die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur müssen deshalb hinzukommen – allein schon um unsere Stellung als eines der führenden Exportländer abzusichern. Ohne flächendeckendes schnelles Internet zudem kein flächendeckender digitaler Aufbruch. Der Freistaat setzt hier mit seinem 1,5 Mrd.-Programm Maßstäbe!

Investitionsfreudige Gesellschaft

Am Ende brauchen wir auch in der Gesellschaft breite Aufgeschlossenheit und Unterstützung für Investitionen. Unübersehbar hat – auch aufgrund der positiven Wirtschaftslage – eine gewisse Sättigung das Land ergriffen. Vor allem große Projekte stoßen immer häufiger auf massive Widerstände. Auch wenn dies die Vorboten einer alternden Gesellschaft sein mögen, die das Risiko scheut und deren Veränderungsbereitschaft zunehmend abnimmt: Akzeptieren können und dürfen wir eine solche Entwicklung nicht. Wohlstand und Soziale Sicherheit ohne Innovationen und Investitionen gibt es auch in Zukunft nicht!